

Praxis contra Wahlkampf

Das hat Ministerpräsident Koch mit seiner Jugendgewalt-Diskussion im hessischen Wahlkampf bestimmt nicht gewollt: Die Experten auf diesem Gebiet, darunter viele versierte Praktiker und namhafte Wissenschaftler, schlugen mit handfesten Fakten und Studien-Daten zurück. Und die sahen anders aus, als Koch sie populistisch in die Wählermenge zu streuen versuchte. Dieses gesamtgesellschaftliche Problem ist vorwiegend mit schärferen Repressionen keinesfalls auch nur in die Nähe einer Lösung zu bekommen. Und mit den Kochschen Thesen schon gar nicht. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KfN) forscht seit Jahren zur Jugendkriminalität. DP sprach mit dem Leiter des KfN, Prof. Dr. Christian Pfeiffer.

Herr Prof. Pfeiffer, brauchen wir weitere Ursachenforschung oder ist alles bekannt zum Thema Jugendgewalt?

Wir brauchen nach wie vor Forschung darüber, wie Jugendgewalt entsteht. Aber vor allem benötigen wir sie zu der Frage, wie wir Jugendgewalt reduzieren können. Z. B. ermitteln wir zurzeit in 61 Orten Deutschlands, wie sich Jugendgewalt entwickelt hat und parallel, was an Prävention gelaufen ist. Wir wollen damit Erfolgswege entdecken und daraufhin Empfehlungen geben.

Wir gehen aber nicht davon aus, dass Jugendgewalt dramatisch gestiegen ist. Wir haben einen Rückgang bei Tötungsdelikten um 43 Prozent. Aber im Längsschnitt verzeichnen wir eine Zunahme bei Körperdelikten. Hannover z. B. verzeichnet insgesamt einen Rückgang bei türkischen und anderen Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In München hingegen beobachten wir einen Anstieg.

Wie erklärt sich das?

In Hannover klappt u. a. die Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei besonders gut; es gibt einen ganz aktiven Präventionsrat. Auch die Bildungsintegration mit jungen Türken wurde nachhaltig verbessert. Hier ist der Anteil der Hauptschüler von knapp 50 % auf gut 30 % zurückgegangen, mehr als 50 % absolvieren die Realschule und der Gymnasiastenteil ist ebenfalls angewachsen. Gleichzeitig ging der Anteil türkischer Mehrfachtäter zurück.

In München ist es umgekehrt: Deutlich weniger Jugendliche aus türkischen Familien besuchen ein Gymnasium, nur jeder 4. eine Realschule. Wenn Bildungsintegration also gut läuft, sehen wir gute Chancen der Jugendkriminalität entgegenzuwirken.

Woher kommt die Härte, Kampfbereitschaft und ungezügelter Wut bei Jugendlichen?

Familiäre Gewalt ist ein ernstes Thema. Die Raten sind hier bei türkischen, russischen und jugoslawischen Familien deutlich höher als bei deutschen.



Foto: dpa

Auf der anderen Seite steht der Medienkonsum: Wir wissen, dass türkische Kinder im Vergleich zu deutschen doppelt so viel Zeit an Playstations und Fernsehern vertun und dreimal so oft Computerspiele nutzen, die nur für Erwachsene erlaubt sind. Hier brauchen wir eine offensive Aufklärung, dass das ein falscher Weg sein kann.

Insgesamt stellen wir bei Jugendlichen fest – also unabhängig von einem Migrationshintergrund – dass immer häufiger sehr brutale Spiele genutzt werden. Das aber kann die Sensibilität für ein potentielles Opfer herabsetzen. Das soll nicht heißen, dass jeder Jugendliche von

Killerspielen gewalttätig wird. Wenn aber andere Gefährdungsmerkmale hinzukommen, sollte man gegensteuern – weil die Kombination von sozialen und familiären Belastungen in Verbindung mit brutalem Medienkonsum die Jugendgewalt durchaus fördert.

Was läuft in punkto Kinder/Jugendliche falsch in unserer Gesellschaft?

Auch in unseren jüngsten Studien haben wir festgestellt, dass es ein immer stärkeres Auseinanderklaffen von wohlhabender Mittelschicht und Armut gibt. An den Satz „Jeder ist seines Glückes Schmied“ glauben immer weniger von denen, die von Armut betroffen sind. Die Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung ist nicht gegeben.

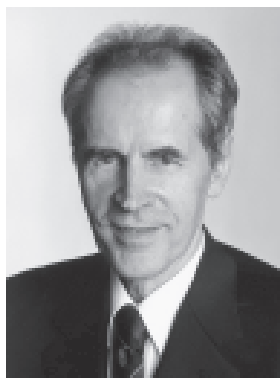
Wo müsste Prävention ansetzen?

Bereits auf Kindergartenebene muss mehr zur Integration unternommen werden. Wir brauchen dringend flächendeckend Ganztagschulen – d. h. keine Aufbewahrungsanstalten, sondern Raum, wo Lernen und Sport, Musik und Kreativität zu ihrem Recht kommen.

Und wir sollten Schulen intensiv als Chancen nutzen innerfamiliäre Gewalt zu erkennen. In Schweden z. B. lernt jedes Kind mindestens einmal in seinem Schulleben Vertreter von „Raddä Barnen“ kennen; die Experten des schwedischen Kinderschutzbundes kommen in die Schulen, vermitteln dem Kind: Hab keine Angst,



JUGENDKRIMINALITÄT



Prof. Dr. Christian Pfeiffer,
Leiter des Kriminologischen
Forschungsinstituts Nieder-
sachsen e.V. (KfN)

wir kommen, um deine Klage-mauer zu sein, wir sind Zuhörer und finden eine Lösung für das, was dich in der Familie belastet. Solche Lösungen und Konzept sehe ich bei uns nicht. Auch unser Kinderschutz-bund ist in punkto innerfamiliäre Gewalt sehr tüchtig, geht aber bislang nicht auf

jedes einzelne Kind zu. Die Hotline für Kinder in Not reicht nicht.

Kommunen und Staat sind dringend aufgefordert, Kindern in problematischem Umfeld aus schwierigen Lagen zu helfen. Und zwar zeitig. Auch mit kompensatorischen Erziehungskonzepten. In Niedersachsen gibt es z. B. das Präventions-Modell: „Pro Kind“. Hier werden Schwangere ab der 16. Schwangerschaftswoche betreut, wenn sie es wollen. Ganz wichtig hier, dass die Ärzte den Schwan-

geren diese Anlaufstelle zur Unterstützung der Frauen auch nennen.

Laufen wir Gefahr, Jugendgewalt vorwiegend auf Jugendliche ausländischer Familien zu projizieren?

Da ist was dran. Junge Ausländer sind zwar in vielfacher Hinsicht höher belastet: erschwerter Zugang zu Bildungschancen, mehr innerfamiliäre Gewalt, zu intensive Nutzung von Mediengeräten – oft mit völlig ungeeigneten Inhalten ... Aber ein Realschulabgänger mit einem liebevollen Elternhaus, das nicht unter Armut leidet und das Wertekonzept der Gesellschaft achtet, unterscheidet sich nicht von Deutschen.

Nicht der Pass ist ausschlaggebend, sondern es hat mit den sozialen und familiären Rahmenbedingungen zu tun.

Hessens Ministerpräsident hat eindeutig überzeichnet und seine „Lösungen“ sind ungeeignet. Seine These, jeder zweite junge Gewalttäter sei Migrant, haben wir in unserer jüngsten Studie („Der Anstieg der Jugendgewalt in Hessen“) geprüft. Resultat: Ausländer sind nur 19 % der unter 21-Jährigen (laut polizeilicher Kriminalstatistik). Bei Ausweitung des Migrantensbegriffs auf Familien, in denen nur ein Elternteil aus dem Ausland stammt, sind

GdP-Hessen: Koch schrammt an der Praxis vorbei

Effektive Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere bei Jugendlichen, ist immer auch intensive Präventionsaufgabe. Der Binsenweisheit folgend, dass eine gute Sozialpolitik eine gute Kriminalprävention bedingt, ist das Problem in Hessen gleich im doppelten Sinne hausgemacht: Koch sparte nicht nur bei Polizei- und Justizpersonal, sondern zugleich bei vielen sozialen Einrichtungen im Jugendbereich. Anschließend versuchte er, seine verfehlte Sicherheitspolitik mit der populistischen Forderung nach schärferen Sanktionen zu kompensieren.

Die GdP in Hessen weist solche Maßnahmen entschieden zurück und erhält Unterstützung aus der Fachwelt: So bezeichnet Christian Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, härtere Strafen und Erziehungscamps als ungeeignete und teure Illusionen mit extrem hohen Rückfallquoten. Abschrecken könne man junge Menschen bestenfalls mit

einer gut aufgestellten Polizei, so dass sich für Straftäter ein hohes Aufklärungsrisiko ergebe (siehe auch nebenstehendes Interview).

Prof. Michael Walter, Direktor des Instituts für Kriminologie an der Universität Köln, bezeichnet Kochs Vorschläge als bloße Beschwichtigung der Bevölkerung. Und Arthur Kreuzer, Professor für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug, Uni Gießen, ergänzt, dass Kochs Forderungen an Erfahrungen der Praxis vorbeigehen: Alle Belege, die die Wissenschaft habe, zeigten, dass das geltende Jugendstrafrecht ausreichend sei und gerade für Heranwachsende die geeigneten Sanktionen vorhalte. „Wenn überhaupt, schreckt schnelle und wirksame Verfolgung ab. Hinreichend präsente Polizei und technische Neuerungen sind also der sinnvollere Weg.“

Jörg Bruchmüller,
GdP-Landesvorsitzender in Hessen



JUGENDKRIMINALITÄT

Am 9. Januar hatte Roland Koch in der ARD-Sendung „Hart aber fair“ bestätigt, dass hessische Amts- und Landgerichte bei der Bearbeitung von Jugendstrafsachen im Bundesländervergleich ganz hinten liegen.

wir auf 34 % gekommen. Die von Herrn Koch angeführten 50 % gelten höchstens für Ballungszentren, aber nicht generell für Deutschland

Jugendkriminalität als gesamtgesellschaftliches Problem fordert eine gesamtgesellschaftliche Reaktion. Welchen Part sehen Sie bei der Polizei?

Selbstverständlich in der Strafverfolgung. Aber ganz wichtig ist die Polizei auch als Motor in der Prävention. Wo Präventionsprojekte in Zusammenarbeit mit der Polizei gut laufen, wo ein enger, vertrauensvoller Zusammenarbeitsstil mit Schulen entwickelt werden kann, ist das Anzeigeverhalten in diesem Deliktbereich deutlich gestiegen. Und die Täter merken, es gibt Ärger. Das dämpft offenbar ihren Tatendrang. Z. B. sind in Hannover bei von Jugendlichen verübten Raubdelikten nach entsprechenden polizeilichen Präventionsprojekten die Zahlen deutlich rückläufig.

Aber auch die Rolle der GdP in der aktuellen Jugendkriminalitäts-Debatte sehe ich sehr positiv. Gefreut hat mich insbesondere, dass Konrad Freiberg immer wieder zur Versachlichung mahnte: Man brauche nicht härtere Gesetze, sondern sollte bestehende Gesetzesrahmen ausschöpfen; er hat auf den Stellenabbau der Polizei hingewiesen, auf Kürzungen im Justizbereich. Und er hat auch klar gemacht, dass die Ausländerproblematik differenziert zu betrachten ist, um keine Vorurteile zu schüren.

Was haben wir demnächst vom KfN zu erwarten?

Wir arbeiten mit Hochdruck im Auftrag des Bundesinnenministeriums an einer großen Studie zur Jugendgewalt in ganz Deutschland mit 50.000 Befragungen, davon sind 32.000 bereits realisiert. Ich denke, dass wir darauf aufbauend, noch besser Bekämpfungskonzepte der Jugendgewalt in Deutschland entwickeln werden.

*Das Gespräch führte
Marion Tetzner*

